

Die soziale Ungleichheit im deutschen Schulwesen gewinnt in letzter Zeit wieder einiges an Interesse, sicherlich auch in der Folge der PISA-Debatten. Dabei kann aufgezeigt werden, dass auch in der Studienphase, nach einer langen Sozialisation und Selektion an den höheren Schulen, die soziale Ungleichheit nach wie vor vorhanden ist.

Verschiedene Analysen auf der Datengrundlage des Studierendensurveys, auch im internationalen Vergleich mit Studierenden von Rhone-Alpes, Katalonien und Baden-Württemberg, haben erbracht, dass die Art der Studienfinanzierung eine erhebliche Rolle spielt. Daher wird auf das staatliche, soziale Stipendium, BAföG genannt, eingegangen. Wer erhält es, wie ist die Empfängerquote und kann es seine erwarteten kompensatorischen Funktionen erfüllen? Wie groß bleibt die soziale Ungleichheit unter den Studierenden?

21.2 Studienfinanzierung und soziale Ungleichheit

Hochschulzugang: Selektion und Reproduktion

Die Daten aus dem Studierendensurvey für den Zeitraum zwischen 1983 und 2004, also über 20 Jahre mit einigem repräsentativen Anspruch, belegen eine negative Tendenz: Der Arbeiteranteil unter den Studierenden ist in den letzten zehn Jahren zurückgegangen, und zwar von 10% in den Jahren 1993 und 1995 auf nur noch 7% bei der letzten Erhebung 2004 unter allen Studierenden. Im gleichen Zeitraum sind bei zwei sozialen Gruppen Steigerungen eingetreten: bei den höheren Beamten (von 9% auf 12%) und bei den freien Berufen (von 8% auf 11%).

Die Rate der "sozialen Vererbung" ist demnach sehr hoch, "Bildungsaufsteiger" haben weniger Chancen. Vor allem an den Universitäten sind sie selten anzutreffen, sie besuchen eher die Fachhochschulen – zumal wenn sie nicht direkt über ein Gymnasium den Weg ins Studium gegangen sind. Die Differenz der beiden Hochschularten, Universitäten und Fachhochschulen, in der sozialen Zusammensetzung ihrer studentischen Klientel wird oft übersehen oder nicht eigens ausgewiesen, sie ist aber für Fragen der sozialen Selektion bedeutungsvoll. An den Universitäten sind weit mehr Akademikerkinder als an den Fachhochschulen, wo der Anteil Arbeiterkinder höher ausfällt.

Studienfinanzierung und BAföG: Arten und Folgen

Die Studienfinanzierung ist ein entscheidender Schlüssel für die Studienaufnahme und den Studienablauf. Und sie variiert beträchtlich mit der sozialen Herkunft. Wie steht es um Art und Umfang der Studienfinanzierung? Am meisten tragen die Eltern zur Studienfinanzierung bei: Zuletzt (2004) konnten 83% der Studierenden darauf zurückgreifen, 48% sogar hauptsächlich.

Die Differenz nach der sozialen Herkunft ist immens. Wer Akademikereltern hat, also höhere Beamte oder Freiberufler, der kann zu zwei Dritteln (63% bzw. 69%) völlig auf das Geld der Eltern vertrauen. Dagegen können Studierende aus Arbeiterfamilien nur zu 15% (un- oder angelernte Arbeiter) oder zu 20% (Facharbeiter und Meister) völlig auf das elterliche Geld zur Studienfinanzierung setzen.

Wenn das Studium aus der privaten Tasche der Eltern nicht finanziert werden kann, stehen hauptsächlich zwei andere Finanzierungsquellen zur Verfügung: Die eigene Erwerbsarbeit neben dem Studium oder die Beantragung und der Erhalt von Mitteln nach BAföG, also ein staatliches Sozialstipendium.

Das BAföG als Quelle der Studienfinanzierung hat einen aufschlussreichen Verlauf genommen: Die Gesamtquote der Geförderten unter den Studierenden ging von über einem Drittel (38% im Jahr 1993) auf etwas über ein Fünftel zurück (1998 mit 21% und 2001 mit 22%). Danach hat sie sich 2004 wieder etwas erhöht: auf 27% insgesamt.

Allerdings nur für 14% stellen die Mittel nach "BAföG" die hauptsächliche Finanzierungsquelle dar (einstmals für 22%).

Nach einem enormen Rückgang ist nach der Jahrtausendwende die BAföG-Förderquote wieder gestiegen – was manche als Erfolg darstellen. Dennoch bleiben große Defizite: Die hauptsächliche Finanzierung des Studiums durch BAföG liegt weiterhin unter der Quote von 1993 – ein eindeutiger Rückschritt im Bemühen um sozialen Chancenausgleich.

Das BAföG bleibt weiterhin unter dem früheren Standard zurück: Es erreicht zu wenige Studierende, die darauf angewiesen wären, und ist insgesamt zu gering, um wirksam zu entlasten. Eine genauere Ausrechnung hat ergeben: Die Zahlungen durch BAföG haben zwar eine gewisse kompensatorische Wirkung, die aber keineswegs hinreichend ist. „BAföG“ ist nicht belanglos, es ist vielmehr außerordentlich bedeutsam für ein Studium. Unzureichendes BAföG zementiert soziale Ungleichheiten und schadet der Studienqualität insgesamt.

Erwerbstätigkeit im Semester: Dekonzentration und Verlängerung

Es liegt auf der Hand, dass Studierende aus Arbeiterfamilien, ebenso von kleinen Angestellten oder Selbständigen, viel mehr im Semester erwerbstätig sein müssen, um ihr Studium zu finanzieren. Insgesamt sind an Universitäten zwei Drittel, an Fachhochschulen sogar drei Viertel der Studierenden erwerbstätig.

Das hat sicherlich auch sein Gutes: Es führt sie aus dem "Elfenbeinturm" der Universität. Kritisch wird es, wenn dadurch die Finanzierung des Studiums hauptsächlich bestritten werden muss, was auf 21% zutrifft.

Nach sozialer Herkunft treten erwartbare Differenzen bei der Erwerbstätigkeit im Semester auf: Arbeiterkinder finanzieren so zu 29% hauptsächlich ihr Studium, Kinder kleiner Angestellter oder Selbständiger noch zu 27%, aus dem Kreis der besser Gestellten dagegen nur 18%.

Wenn das Studium hauptsächlich durch eigene Erwerbsarbeit im Semester finanziert wird, sind dafür im Schnitt 15-17 Std. pro Woche nötig, d.h. zwei volle Arbeitstage. Diese Beanspruchung kommt bei Arbeiterkindern viel häufiger vor.

Eine Erwerbsbeanspruchung von mehr als 8 Std. pro Semesterwoche bedeutet de facto ein "Teilzeitstudium" mit einem beträchtlichen Spagat zwischen Studienanforderungen und Erwerbsnotwendigkeit. Öfters wird diese kritische Grenze eines vollen Arbeitstages in der Woche überschritten. Dann ist es kaum mehr möglich, das Studium in der geplanten Dauer zu absolvieren; es verzögert sich, weil der zeitliche Aufwand für Vorlesungen und Selbststudium nicht mehr im erforderlichen Maße aufzubringen ist.

Benachteiligungen – Stellenwert der Finanzen

Die Universitäten unterstellen für die Studierenden Freiheit und Gleichheit, sie gehen davon aus, dass Studierende ihr Studium "frei" gestalten können und dass der Herkunftstatus keine Rolle spiele. Die Einschätzung, Beurteilung und Förderung geschehe allein nach den gezeigten Leistungen und dem Engagement.

Die Analyse ergibt ein anderes Resultat: Es spannt sich eine klare Dimension der sozialen Ungleichheit auf, beginnend bei den Studierenden aus der gering qualifizierten Unterschicht über die Mittelschicht bis hin zur akademischen Oberschicht.

Kennzeichnend für die Unterschicht ist besonders die staatliche Studienfinanzierung und die notwendige Erwerbsarbeit im Semester; dazu kommt eine größere Belastung wegen der aktuellen finanziellen Lage und wegen der Sorgen für die Zeit nach dem Studium.

Kennzeichnend für Studierende aus der akademischen Oberschicht sind dagegen die hohe Studiensicherheit, häufigere Studienphasen im Ausland und die intensivere Pro-

motionsabsicht – im Gegenzug sind bei diesen drei Faktoren größere Defizite bei den Studierenden aus der Unterschicht vorhanden.

Aus diesen Befunden wird ersichtlich, dass eine Achse der sozialen Ungleichheit für die Studierenden besteht – eine Fortwirkung ihrer sozialen Herkunft im Studium. In besonderer Weise ist sie durch ökonomische Ressourcen bestimmt, aber auch die Ausstattung mit sozialem Kapital ist bedeutungsvoll und schließlich haben Elemente des kulturellen Kapitals auffällige Bezüge zur Ungleichheit unter den Studierenden.

Die Verschränkung unterschiedlicher Faktoren ökonomisch-materieller Art mit sozialen und kulturellen Elementen ist ausgeprägt und dicht. Dieser Zusammenhang belegt die Schwierigkeit, soziale Ungleichheiten verschiedener gesellschaftlicher Milieus und sozialer Interessen aufzulösen. Er verweist zugleich auf die bedeutsame Rolle des Geldes für die Teilhabe am sozialen Leben und kulturellen Angeboten, auf die Wichtigkeit finanzieller Unterstützungen und sozialen Stipendien (wie BAföG) für die Studierenden.

Seltener zum Studium ins Ausland, trotz hohem Nutzen

Studierende aus der Arbeiterschaft betonen den persönlichen Gewinn durch ein Auslandsstudium noch stärker als Studierende aus der Oberschicht (mit Eltern als leitenden Angestellten, höheren Beamten und freien Berufen). Diese positive Einschätzung eines Auslandsstudiums hat in den letzten Jahren vehement zugenommen.

Wenn Auslandserfahrungen so vorteilhaft sind, persönlich und beruflich, dann ist das Auslandsstudium ein besonderes Beispiel für die nachhaltige Nachwirkung von sozialer Ungleichheit im Studium, ein Umstand, der bisher kaum problematisiert wurde. Denn die Durchführung und Planung eines Aufenthaltes im Ausland, sei es als Studienphase oder Sprachkurs – beides variiert sehr stark mit der sozialen Herkunft der Studierenden.

Hinsichtlich des absolvierten Auslandsstudiums sind drei Quoten, gestuft nach der sozialen Herkunft, anzuführen: 3-5% unter den Studierenden aus der Arbeiterschaft waren bislang zum Studium im Ausland; 6-7 % sind es aus den Gruppen der mittleren Angestellten, Selbständigen und gehobenen Beamten, aber 10-11% aus dem Kreis höherer Beamter und der freien Berufe.

Die Unterschiede setzen sich quantitativ eindrucksvoll bei der Planung eines Auslandsstudiums fort: 13-15% der Arbeiterkinder haben es ernsthaft vor; 17% von den einfachen Angestellten und kleinen Selbständigen. Aber 24-27% aus dem Mittelstand und sogar 31-33% bei den Freiberuflern und höheren Beamten planen ein Auslandsstudium ernsthaft ein.

Für Akademikerkinder ist ein Auslandsaufenthalt, zum Spracherwerb oder zum Studieren, nahezu zur Selbstverständlichkeit geworden. Für Arbeiterkinder stellt der Wechsel ins Ausland nach wie vor eine Seltenheit dar – und dies entgegen ihrer positiveren Einschätzung einer solchen Erfahrung. Die Realisierung eines Auslandsaufenthaltes für Arbeiterkinder ist nicht zuletzt aufgrund finanzieller Engpässe erschwert. Das bedeutet für sie einen großen Nachteil, und zwar in doppelter Hinsicht: zum einen unmittelbar in der Studienphase für die eigene Entwicklung, die beeinträchtigt erscheint; zum anderen mittelbar für die späteren Berufschancen, wenn Auslandserfahrungen oder Fremdsprachenkenntnisse für Einstellung oder Karriere wichtig werden – und die dann nicht vorgewiesen werden können.

Hochschulpolitische Folgerungen

Was wäre von der Hochschulpolitik zu verlangen und an den Hochschulen anzustreben? Ginge es nach den Arbeiterkindern, stünden drei Wünsche ganz im Vordergrund, wie sie diese in den Befragungen des Studierenden surveys vertreten haben:

1. Die Erhöhung der BAföG-Sätze (für 53% sehr dringlich; nur für 17% für Studierende aus höheren Schichten);

2. die Verbesserung der Arbeitsmarktchancen und beruflichen Aussichten (für 48% sehr wichtig gegenüber 35%);
3. eine intensivere Beratung und Betreuung durch die Lehrenden (für 43% sehr dringlich zu 37%, zwar keine große Differenz, aber signifikant).

Diese drei wichtigsten Wünsche für Studierenden aus einfacheren sozialen Schichten spiegeln recht genau die größten Probleme ihrer Situation an den Hochschulen wieder. Sie wären daher von der Hochschulpolitik ernsthaft aufzugreifen, weil diese Klientel für die Zukunft der Hochschulen sehr bedeutsam ist.

Die berichteten Befunde des Studierendensurveys über soziale Ungleichheiten im Studienzugang und Studienverlauf legen einige weitere Folgerungen für die Entwicklung der Hochschulen nahe. Für das Ziel einer größeren sozialen Gerechtigkeit, Fairness und Equity gehören folgende Punkte als dringlich auf die Agenda:

(1) Das „BAföG“ müsste im Umfang erweitert, in den Finanzmitteln stark erhöht und für die potentiellen Empfänger berechenbarer werden – zumindest müsste der frühere Standard wieder erreicht, möglichst überschritten werden.

(2) Studiengebühren sind wie Darlehenskredite problematisch, weil sie sozial selektiv wirksam sind; zumindest solange keine breitere Kultur der Stipendien, auch seitens der Wirtschaft, entstanden ist, sollte man darauf verzichten.

(3) Mehr materielle Beiträge seitens der Wirtschaft sind anzumahnen; nicht nur für die Klientel der technischen Fächer wären finanzielle Mittel und Stipendien wichtig; mehr Stiftungen für die öffentliche Wissenschaft, die Forschung und die Hochschulen wären angebracht.

Prinzip und Infrastruktur: Social Mainstreaming and Monitoring

Eine grundsätzliche Überlegung sei an den Abschluss gestellt: Ein "Social Mainstreaming and Monitoring" muss an Schulen und Hochschulen eingeführt und etabliert werden, zur Evaluation und Akkreditierung von Studiengängen müssen die sozialen Aspekte beachtet werden.

Dieses Prinzip mit entsprechender Infrastruktur ist vor allem bei der Gestaltung des Europäischen Hochschulraumes von hohem Gewicht. Es liegen genügend Befunde vor, es stehen angemessene Verfahren zur Verfügung, um ein solches „Social Mainstreaming and Monitoring“ einzuführen und zu leisten.

Tino Bargel